

Sekretariat des Bundes für Menschheitsinteressen
 BERN, Erlachstrasse, 23
 (Schweiz. Postscheckkonto Bern III 496.)
 Jährlich etwa 4 (Nummern deutsche & franz. Ausgabe) für Fr. 4 i/d Schweiz; Fr. 6 in den anderen Ländern
 Alle Buchhandlungen, Postanstalten, sowie das Sekretariat nehmen Bestellungen entgegen. Einzelnummern 10 cts. = 10 Pf.

Die Menschheit

Organ des «Bundes für Menschheitsinteressen und Organisation menschlichen Fortschritts»

Der Jahresbeitrag zum Bund für Menschheitsinteressen bleibt der Selbsteinschätzung der Mitglieder überlassen. Schweizer-Postscheckkonto Bern III 496.
 Die Vereinsstatuten und Probenummern aller seiner Organe werden auf Verlangen durch das Sekretariat: Bern, Erlachstr. 23 gratis zugesandt.

Schweizer Komitee des Bundes: Dr. August FOREL, alt Professor an der Universität Zürich; Regierungspräsident Dr. TSCHUMI, Bern; Nationalrat A. LOCHER, Bern; Regierungsrat Dr. MOSER, Bern; Nationalrat G. MÜLLER, Finanzdirektor der Stadt Bern; A. SESSLER, alt Gerichtspräsident, Bern; Prof. Dr. R. BRODA, Bern; Dr. A. DE QUERVAIN, Prof. a. d. Univ. Zürich; Dr. A. SUTER, eh. Präs. d. Gemeinderats, Lausanne; O. VOLKART, Präs. d. Ordens für Ethik u. Kultur; Dr. BUCHER, Präs. d. Schweizer Friedensgesellschaft; Director TOBLER, Bern; Dr. Julian REICHESBERG, Bern; F. RUEDI, a. Grossrat, Lausanne; Frau WALDHARDT-BERTSCH, Bern; Frau VUADENS-CALMUS, Vevey; Dr. F. UHLMANN, Basel; H. HODLER, Genf; WENGER, Kantonsrat, Zürich, u.a.m.
Präsident des Bundes: Prof. Dr. R. BRODA, Herausgeber der «Dokumente des Fortschritts», Bern.

Internationaler Ehrenausschuss: Geheimrat Prof. Dr. W. FÖRSTER, Berlin; Ed. BERNSTEIN, Mitgl. des deutschen Reichstags, Berlin; Graf ARCO, 1. Vors. der Ortsgr. Berlin des Deutschen Monistenbundes; Stadtpfarrer UMFRIED, 2. Vors. d. Deutschen Friedensges., Stuttgart; Senatspräsident Dr. ELSNER, Wien; Dr. Karl GRUENBERG, Prof. an d. Univ. Wien. Prälat Dr. GIESSWEIN, Mitgl. des ungar. Reichstags, Budapest; Dr. v. URSIN, eh. Vicepräsident d. finnischen Landtags; Jean LONGUET, Mitgl. d. französischen Parlaments; L. LE FOYER, eh. Deputierter, Paris; Ramsay MACDONALD, Mitgl. des engl. Parlaments; Sir Robert STOUT, eh. Ministerpräsident von Neuseeland; Lino FERRIANI eh. Generalprocurator, Como, u.a.m.
Alle Zuschriften für die Schriftleitung der „Menschheit“ wolle man an Herrn Fr. RUEDI, Mitglied des Komitees, Lausanne, 3, Jumelles, richten.

Wir suchen zum Gewissen eines jeden Volkes in seiner eigenen Sprache zu sprechen. Wer sich von unserer Unparteilichkeit überzeugen will, wolle die anderen Organe unseres Bundes einsehen.

Die Faktoren der Kriegsbeendigung

Bern, am 7. Mai 1917.

Während der ersten Kriegsjahre glaubten alle kämpfenden Parteien, den Frieden durch Zerschmetterung der militärischen Kräfte des Gegners erzwingen zu können. Deutschland und Oesterreich haben diese Hoffnung im Wesentlichen schon im Sommer 1916, nach dem Scheitern der deutschen Offensive gegen Verdun und der österreichischen Offensive in Oberitalien, aufgegeben. Der erfolgreiche rumänische Feldzug war nur ein Zwischenspiel. Die gegnerischen Mächte dagegen haben bis in die letzte Zeit ihre Hoffnungen festgehalten. Gerade die Nachrichten der letzten Tage über das Scheitern ihrer Offensive in Nordfrankreich zeigen jedoch, dass dieselben trügerisch sind. Der Weltkrieg ist *militärisch unentschieden* und müsste endlos weitergehen, wenn man auf den Sieg einer der beiden Parteien auf den Schlachtfeldern warten wollte.

Die Erzwingung des Friedens durch die *Auflehnung der zur Schlachtbank geführten Völker* ist gleichfalls bis zur Zeit ein frommer Wunsch geblieben. Die russische Revolution hat wohl zur Desorganisation der Armee, zur Schwächung ihrer Offensivkraft und damit — da Deutschland *front* war, seine verfügbaren Kräfte an der *Westfront* verwenden zu können — an der Ostfront zu einem Zustand geführt, der einem *Waffenstillstand* sehr ähnlich sieht. Aber die Hoffnungen auf eine entschiedene Friedenspolitik der russischen Regierung haben sich in den letzten Wochen wenig erhöht. Ob die neuesten Strassenkundgebungen in Petersburg zu mehr als zu einer *Lähmung der russischen Initiativkraft* führen, ob sie *positive* Entschlüsse auslösen, muss sehr *fraglich* erscheinen.

Ob der *Stockholmer Kongress* der Arbeiterparteien eine wirklich leistungsfähige, bei allen Kriegführenden *gleichmässig* einsetzende Friedensbewegung entfesseln wird, bleibt abzuwarten. Die *Streiks der Munitionsarbeiter* in Deutschland stellen wohl ein beachtenswertes *Symptom* dar, aber die Abwehrmöglichkeiten der *Regierung* sind ihnen gegenüber *sehr gross*.

Bei den Westmächten sind die Arbeiterparteien *in der Regierung vertreten* und eine *selbständige* Politik derselben deutet sich im wesentlichen noch nicht an. Die Initiative Amerikas für eine *Demokratisierung der Welt* stellt zunächst eher ein *neues Kriegsziel* und ein neues *Hemmnis* für den Frieden dar, als das Gegenteil.

Die *Hungersnot in Deutschland* dürfte in den wenigen Wochen bis zur neuen Ernte nicht *erzwingend* wirken können. Dann ist wieder ein längerer Spielraum gegeben. Die *Tauchbootblockade* wird in England zweifellos zu argem Notstand führen, aber der *Bau zahlreicher Schiffe in Amerika* dürfte ihren Wirkungen immerhin entgegenarbeiten und bei der *Zähigkeit der britischen Rasse* ist auf ein baldiges Nachgeben nicht zu

rechnen. Auch bei den andern Kriegführenden, ja selbst bei den Neutralen wird angesichts der allgemeinen Frachtraumnot und der Verminderung der in allen Ländern für den Ackerbau zur Verfügung stehenden Menschenmengen ein immer peinvollerer Nahrungsmittelmangel Platz greifen, aber ein wahrer Zwang zur Kriegsbeendigung ist damit nicht gegeben.

Das *Misslingen der militärischen Offensivoperationen*, die wachsende *Unzufriedenheit der breiten Volksschichten* und die kommende Welthungersnot, stellen vielmehr nur Faktoren dar, die auf die Stimmungen der Regierungen in der Richtung eines baldigen Friedensschlusses *einwirken*, ohne sie jedoch — jeder einzeln für sich — *zwingend* beeinflussen zu können. Die Kriegsziele der einzelnen Parteien sind trotz aller Enttäuschungen immer noch hochgespannt, in scharfem Gegensatz zu einander. Blosser Erklärungen wie die der Arbeiterparteien, dass man «auf Annexionen und Entschädigungen verzichten wolle», genügen insofern nicht, als durch sie nichts über die Lösung der polnischen, der elsässischen und der Trentiner Frage ausgesagt wird.

Denn sie wollen offenbar nur besagen, dass — im Sinne demokratischer Gesichtspunkte — von jeder Angliederung eines Landgebietes *gegen den Willen seiner Bewohner* abgesehen werden soll. Wie aber mit Polen, mit Teilen des Elsass, mit Trient und mit Bosnien, wo eine Angliederung an ein anderes Land von der Bevölkerung selbst gewünscht wird? Soll man dem statt geben und damit ein wahres, nicht bloss prohibitives, sondern auch *positives Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkennen*? Die Viererverbandsmächte, Amerika vor allem, verlangen es. — Soll man andererseits den an Machtsphäre verlierenden Mächten Kompensationen zubilligen? Wären dieselben nicht auf kolonialen Gebiete, wo Deutschland bisher ein, seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung entsprechender Besitz verwehrt wurde, zu finden? Die Viererverbandsmächte scheinen bis jetzt noch *nicht* gewillt, diese gerechte Forderung anzuerkennen.

Die Ausarbeitung eines, die wahren Lebensinteressen der verschiedenen Parteien synthetisch zusammenfassenden Ausgleichsfriedens-Programms wäre darum auch praktisch von kaum bestreitbarer Nützlichkeit. Nur so könnten die Völker den Mut gewinnen, um ihre Friedenssehnsucht in die Tat umzusetzen, ohne dass dem die Gefahr einer Schädigung vaterländischer Interessen entgegenwirken würde.

Vor einem Jahr sind solche Ausgleichs-Friedensvorschläge in den Spalten dieses Blattes veröffentlicht worden, eine Umarbeitung derselben in Berücksichtigung der seitherigen Weltbegebenheiten ist geplant und wird unsern Lesern in nächster Zeit unterbreitet werden.

Ein

Vorschlag zur Lösung des Nationalitätenproblems¹⁾

Die Leiden der unterdrückten Nationalitäten stehen mit in erster Linie unter den Faktoren, welche zum Weltkrieg geführt und stets neue Völker in den Brand einbezogen haben. Jede Methode, welche dieser Frage für die Zukunft ihre Spitze nimmt, ist also nicht bloss vom Mitleidsstandpunkt, sondern auch unter dem Gesichtswinkel dauernden Friedenszustandes von grösster Wichtigkeit.

Das Programm der «Haager Zentralorganisation für Dauerfrieden» schlägt in dieser Richtung vor, dass sich alle Staaten im Friedensvertrag zur Gewährung von Religions- und Sprachfreiheit, sowie Rechtsfreiheit verpflichten sollen. In diesem Rahmen bleiben jedoch naturgemäss noch entscheidungsvolle wichtige Fragen der Einzelanwendung des Prinzips zu lösen übrig. Um den Kampf der Nationalitäten automatisch auszuschalten, hat ein österreichischer Sozialist, Dr. Karl Renner, und haben nach ihm zahlreiche andere Schriftsteller, zuletzt der deutsche Nationalökonom Franz Oppenheimer, das Programm der *nationalen Autonomie* entwickelt.

Dasselbe stellt sich in bewussten Gegensatz zur Lösung des Nationalitätenproblems auf dem Wege der *territorialen Autonomie* der Länder, wie sie speziell in Oesterreich vielfach gefordert worden war und zwar vor allem deshalb, weil sich eben in Gebieten mit Gemengelage der Bevölkerung die Selbstverwaltung von Landstrichen mit einheitlicher Bevölkerung kaum erzielen lässt. Steht aber eine nationale Mehrheit einer nationalen Minderheit gegenüber, so kann gerade die Selbstverwaltung *kleiner* Gebiete wie z. B. der österreichischen Kronländer zur Auslieferung der Minderheit an die Gewaltherrschaft einer Mehrheit und damit zu schwerster Bedrückung führen.

Renner und Oppenheimer u.s.w. schlagen darum vor, jeder *Sprachgruppe* Selbstverwaltungsrechte zu gewähren, sodass also auf einem und demselben Gebiete, das in wirtschaftlichen und sozialen Fragen einheitlich verwaltet wird, mehrere Körperschaften mit gesonderter Verwaltung der kulturellen und Unterrichtsfragen nebeneinander bestehen, analog wie etwa schon heute die verschiedenen *kirchlichen* Gemeinschaften ihre Angelegenheiten autonom regeln. Oppenheimer knüpft in seiner interessanten Schrift seine Vorschläge nationaler Autonomie gerade an diese Analogie an.

Der Grundsatz: «*cujus regio ejus religio*» hat Jahrhunderte lang Europa verheert und an den Rand des Abgrundes gebracht. Heute ist der Anspruch aufgegeben; das Recht eines jeden, seine Konfession frei zu bestimmen, ist in allen Kulturstaaten in der Verfassung verankert, und die auf diese Weise, durch freien Entschluss aller Betei-

¹⁾ Siehe unsern Artikel über den Einfluss der russischen Revolution auf die Entwicklung der innerstaatlichen Verhältnisse in Oesterreich, in unserer letzten Nummer.

ligten — denn jeder kann seine Konfession überall ohne Schaden wechseln — gebildeten personalen Körperschaften regeln ihre Angelegenheiten in einem bequemen, vom Staate für alle gleichmässig gesetzten Rahmen selbst, indem sie ihre Angehörigen kraft der Verleihung öffentlicher Finanzbefugnisse entsprechend besteuern.

Ganz das gleiche sollte in allen gemischt-sprachigen Bezirken geschehen, damit der freilich nirgends mit Gesetzeskraft ausgesprochene Grundsatz: «cujus regio ejus lingua», der heute Europa an den Rand des Abgrundes zu bringen droht, gleichfalls aus dem Verfassungskampf verschwinde, indem man gleichfalls das Recht der «Nationalitäten» auf ihre Sprache und Kultur und alles, was damit zusammenhängt (Schulen, Theater, Museen, u.s.w.) unangreifbar in der Verfassung verankert. Jeder Bürger in gemischt-sprachigen Bezirken soll in einer eigenen Verhandlung vor einer unparteiischen Behörde erklären, zu welcher Sprach- und Kulturgemeinschaft er sich rechnet. Auf diese Weise entstehen nationale «Kataster» oder «Matriken», deren Mitglieder eine in allen Fragen der Schule, u.s.w. autonome Korporation bilden, die, mit eigenem Steuerrecht ausgestattet, ihre Angelegenheiten selbständig in dem für alle Nationalitäten gleichmässig von der Verfassung gespannten Rahmen verwaltet.»

So würde jeder Wettkampf der Nationalitäten um die Verwendung der öffentlichen Steuergelder zu Gunsten der Errichtung von Schulen, mit ihrer Sprache u.s.w. verschwinden. Sie würden mit ihren eigenen Steuern alle Anstalten bauen und unterhalten, deren sie zu bedürfen glauben und ganz nach ihren eigenen Interessen verfahren.

Auch der politische Wahlkampf mit all seinen Gehässigkeiten, seiner Aufpeitschung der Leidenschaften, wie er gerade in Oesterreich sich so vielfach entwickelt, lässt sich ausschalten, wenn diesen nationalen Körperschaften durch die Verfassung selbst das Recht der Bestellung einer bestimmten Anzahl von Vertretern für die territorialen Körperschaften, die sich mit den allgemeinen politischen und sozialen Fragen befassen, zuerkannt wird. Ähnliche Einführungen könnten auch in Mazedonien, wo Serben, Bulgaren, Türken und Griechen untereinander wohnen, endlich den Frieden herstellen, im Elsass und in Posen den Minderheiten das Gefühl des Unterdrücktseins nehmen, ebenso in den baltischen Provinzen, in Belgien u.s.w. Damit fielen für den Volksgenossen der Unterdrückten der wesentliche Anlass fort «Gut und Blut» für deren Befreiung, die meist wieder eine Unterdrückung eines andern Volksstammes auf gleichem Gebiete in sich begreifen würde (wie z. B. die Annexion Rumänisch-Siebenbürgens an Rumänien wieder die Deutschen und Magyaren Siebenbürgens der Fremdherrschaft ausliefern würde) aufzuopfern. Wenn ein solches System der nationalen Autonomie im Friedensvertrag für alle national-gemischten Staaten festgelegt und durch die Garantie internationaler Gerichte gesichert würde, so könnte man in der Tat in weitgehender Masse von einer wirklichen Lösung der Nationalitätenfrage sprechen.

Der Schweizer Standpunkt gegenüber den Ergebnissen der Weltkrise

In so lange der Kampf auf den Schlachtfeldern den entscheidenden Faktor für die Entscheidung des Krieges darstellte und die Streitfragen um Landbesitz den wesentlichen Einsatz desselben bildeten, war es für die Neutralen verhältnismässig leicht, auch in ihren Wünschen ausserhalb des Streites zu bleiben.

Schon die Gefahr eines Handelskrieges jedoch, wie er nach Absicht der Vierverbandsmächte auf den Kampf der Waffen folgen soll, berührt die Interessen der Neutralen aufs empfindlichste.

Die von Präsident Wilson im Januar entwickelten Pläne für Errichtung einer, dauernden Frieden

verbürgenden Staatengemeinschaft bietet andererseits den Neutralen ebenso segensvolle Verheissungen wie den heute kriegführenden Mächten.

Auch die im Gefolge der russischen Revolution in mehreren Ländern einsetzende Bewegung für *freiheitliche und demokratische Ausgestaltung des Verfassungslebens*, sowie die in dieser Richtung von Amerika und Russland, sowie zum Teil auch von andern Ländern aufgestellten oder vorgeschützten Kriegsziele rühren an allgemeine Entwicklungsfragen, denen auch die Neutralen nicht fremd bleiben können.

Die schweizerische Oeffentlichkeit besitzt einen keineswegs geringen moralischen Einfluss auf die Entscheidung dieser bedeutsamen Probleme und auch der Schweizer Staat wird bei den auf den Weltkrieg folgenden internationalen Verhandlungen seinen Einfluss in der einen oder andern Richtung, speziell was den *Ausbau des Völkerrechts* anlangt, in die Wagschale zu werfen haben. Der schweizerische Standpunkt dürfte zu dieser Zeit, gerade um des hohen moralischen Einflusses willen, den die Schweiz durch ihre Unparteilichkeit und ihre philanthropischen Bemühungen zu Gunsten beider kriegführenden Parteien erworben hat, eine durchaus nicht zu unterschätzende Bedeutung haben.

Es erscheint uns darum wichtig, in der öffentlichen Meinung der Schweiz eine Klärung und Verständigung darüber anzubahnen, in welcher Richtung der schweizerische Standpunkt bei der Lösung all dieser Fragen einer nahen Zukunft einzusetzen ist.

Wir haben zu diesem Zwecke mehrere bedeutende Persönlichkeiten der Schweiz gebeten, uns ihre diesbezügliche Stellungnahme mitzuteilen. Wir werden ihre Antworten in einer der nächsten Nummern unseres Blattes veröffentlichen.

Die Redaktion der «Menschheit».

Ueber die Demokratie als Friedensfaktor

Von Willy BRETSCHER, Zürich.

Man braucht dem Thema nicht den Anspruch der Neuheit zuzugestehen und darf es doch angemessen finden, wenn ihm bei einem besondern Anlass wieder einmal in den Erörterungen über den Frieden Raum gewährt wird. Der besondere Anlass ist die Veröffentlichung eines Buches, das mit scharfen Lichtern ein konkretes Objekt dieser Frage beleuchtet und in seinen Auseinandersetzungen mit dem pazifistischen Problem eine Reihe von Anregungen bietet, die nicht unbeachtet und ungeprüft bleiben sollten. Die Umwälzung in Russland ist wohl noch vor allem geeignet, das Interesse an dem Thema zu verstärken.

Es liegt ohne weiteres auf der Hand, dass die freie Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden eine der ersten Vorbedingungen für die Vermeidung leichtfertiger, imperialistischen Zwecken dienender Kriege ist. Diesen Gedanken hat Kant in seiner Abhandlung «Zum ewigen Frieden» der Forderung «Die bürgerliche Verfassung in jedem Staat soll republikanisch sein» untergelegt. Hermann Fernau stellt dieses Wort seinem Buche «Durch!... zur Demokratie!» als Motto voran und begründet auf den 260 Seiten des Werkes die Notwendigkeit der Demokratisierung seines deutschen Vaterlandes, indem er, von dem heutigen Kriege ausgehend (an dessen Entstehung er auf Grund seines Studiums des Tatsachenmaterials die Schuld den Zentralmächten beimisst) die internationale Bedeutung dieser angestrebten Reformierung darlegt.

Keineswegs kann es sich hier darum handeln, auf die einzelnen Ansichten des Verfassers kritisch einzugehen. Man mag mit seiner Auffassung gewisser Ereignisse, vielleicht sogar mit seinem Gesamturteil über die grosse Kriegsschuldfrage allenfalls in striktem Widerspruch stehen, — doch die grosse Grundlinie seiner Ausführungen ist es, die verdient, festgezeichnet zu werden. Fernau setzt

die Gefahren eines autokratischen Regierungssystems, das nach ihm das deutsche Reich, verziert mit demokratischer Fassade, besitzt, auseinander. Wenn er sich in seiner ersten Veröffentlichung («Gerade weil ich Deutscher bin») mehr allgemein gegen die Kriegsursachenlehre von den Imponderabilien gewendet hat, so präzisiert er hier seinen Standpunkt, dass alle Kriege einem dynastischen Willen zur Macht entsprängen. Wer sich also die Aufgabe stelle, den Krieg zu bekämpfen, so folgert er, müsse seinen Kampf zunächst gegen die Dynastien richten. Er betrachtet es als Utopie, von der Kultur eine pazifistische Weltordnung zu erwarten, ohne vorher nach dem verfassungsrechtlich-politischen Unterbau dieser Kultur zu fragen. Frieden und Krieg seien nicht so sehr die Ergebnisse der auswärtigen Politik, sondern vielmehr die Folgeerscheinungen der innern Staatsverfassungen. Die zwischenstaatliche Anarchie sei kein Ding an sich, sondern die natürliche Folge feudalmilitaristischer Verfassungen. Und deshalb: Weg mit diesen Verfassungen!¹⁾

Nun mag es ja wohl scheinen, als ob Fernau mit seiner Forderung, die im weitestgehenden Sinne die Durchführung der Prinzipien der grossen französischen Revolution als Grundlage der Friedenssicherung annimmt, die Universalmedizin für den kranken Weltorganismus gefunden zu haben glaubt. Einseitigkeiten sind in diesem Buche, das vorfasst eine Idee zum Ausgangspunkt nimmt, sicherlich vorhanden. Es ist nun eben so, dass sich jede der Hauptbetrachtungsweisen über die Schuld am Kriege, möge sie nun kapitalistische und imperialistische Faktoren, den Zustand internationaler Rechtlosigkeit an und für sich oder endlich die im Ethischen und Religiösen verankerte Auffassung des «mea culpa, mea maxima culpa» in Anspruch nehmen, durch zahlreiche Argumente stützen und bis zu einem hohen Grade von Evidenz bringen lässt.

Hier die einzelnen Einwände anzubringen, die sich gegen solche rasche Durchschneidung des gordischen Knotens (der eben schliesslich doch nicht durchschnitten werden dürfte, sondern entwirrt werden muss) vorbringen lassen, ginge über Zweck und Rahmen dieses Artikels hinaus. Wenn auf zwei Punkte hingewiesen werden soll, sei es zunächst der, dass, wie seinerzeit W. Eggenschwyler in einer geistvollen Abhandlung ausgeführt und mit dem Beispiel des italienischen Parlaments belegt hat, politische Fehler auch beim Bestehen der Volkssouveränität unter dem Drucke ausserordentlicher Ereignisse, in der Befangenheit der Kriegspsychose, begangen werden können. Und für das praktische Problem des Pazifismus ergibt sich die Betrachtung, dass die Internationalität der Friedensbewegung bedingt, es den einzelnen Völkern zu überlassen, ihre nationalen Verhältnisse zu gestalten.

Auf jeden Fall aber ist diesem Buche um seiner vielen scharfgedachten und fruchtbaren Erwägungen willen in der Friedensliteratur ein guter Platz gesichert. Das von gewandter Feder behandelte Problem hat durch Ereignisse der neuesten Zeit — seit dieser Artikel geschrieben wurde — brennendste Aktualität erlangt und wird noch auf manche Monate hinaus die Welt beschäftigen.

Es wäre vielleicht zu wünschen gewesen, Fernau hätte in seiner anregenden Schrift die Polemik gegen andersgerichtete Ideen der pazifistischen Bewegung etwas sachlicher in der Form gehalten. Die sich zu diesen andersgerichteten Ideen bekennen, werden immerhin der Sache zulieb keine Animosität gegen einen Mann und ein Werk bezeugen, dessen Tendenz den gleichen hohen Zielen dient, die sie erstreben.

¹⁾ Was Wilson in seiner jüngsten Botschaft an den Kongress sagte, (inbezug auf die Ursachen der Kriege), stimmt fast wörtlich mit Fernaus Aeusserung überein. Auch Wilson steht auf dem Standpunkt, dass «die Kriege hervorgerufen und geführt werden im Interesse von Dynastien oder von kleinen Gruppen.»

Verantwortl. Verl. u. Buchdrucker Fr. Ruedi, Lausanne.